



EUROPÄISCHE LINKE

Der revolutionäre Weg führt über Brüssel

Wieder einmal macht sich ein Teil der Linken auf den Marsch durch die Institutionen. Nicht die nationalen Parlamente sind das Ziel, die Partei der Europäischen Linken (EL) soll die Genossen nach Straßburg und Brüssel führen, ins Parlament der Europäischen Union.

(dw) - Unter dem 68'er-Motto "Ce n'est qu'un début" wurde sie am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, in Rom aus der Taufe gehoben: die Partei der Europäischen Linken (EL). Sechzehn Parteien und Organisationen aus Ost- und Westeuropa haben sich mit mehr als tausend Delegierten an dem Gründungskongress beteiligt: Darunter die estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Österreichs, Spaniens, Tschechiens, Böhmens und Mährens sowie der Slowakei; des weiteren die Vereinigte Linke Spaniens, die griechische Koalition der Linken Synaspismos, die tschechische Partei des Demokratischen Sozialismus, die Sozialistische Allianzpartei Rumäniens, die Ungarische Arbeiterpartei und die Partei der Arbeit der Schweiz.

Die ebenfalls anwesende deutsche Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

sowie die gastgebende italienische Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC) hatten die Parteigründung maßgeblich vorangetrieben. Gemeinsam können diese Organisationen nun auf mehr als 600.000 Mitglieder verweisen. Auch Déi Lénk war in Rom als Beobachterin zugegen.

Mit Hilfe der Partei der Europäischen Linken soll es gelingen, "Anschluss an die großen Ströme des Widerstands gegen Kapitalismus und Krieg" zu finden, hofft Walter Baier. Der Vorsitzende der KPÖ sieht in dieser Kursnahme auf die Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung eine Chance, die "historisch überlebten Spaltungen" der revolutionären Linken des 20. Jahrhunderts zu überwinden. Um dies zu erreichen, wurde Fausto Bertinotti, Chef der italienischen Rifondazione Comunista, als Steuermann auserwählt. Bertinotti sprach in Rom sogleich von der "Wiedergeburt einer neuen Arbeiterbewegung", von der "kultu-

rellen Neugründung unserer Geschichte", und sah in der EL nicht weniger als ein "neues historisches Kapitel im Kampf gegen den Kapitalismus".

Is this the beginning...

Endgültig eingeleitet wurde dieses neue Kapitel im vergangenen Januar in Berlin. Nach jahrelangen Diskussionen über Struktur und Programm der künftigen Partei einigte man sich schließlich auf einen gemeinsamen Gründungsaufruf. "Miteinander für ein anderes Europa - demokratisch, sozial, ökologisch, feministisch, friedlich" lautete das von elf Parteien unterzeichnete Pamphlet, das bereits in der Überschrift die entscheidenden Wegmarken und im Text selbst die in Rom verabschiedete Programmatik vorwegnimmt. Laut dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky wollte man damit noch vor den Europawahlen die Kräfte der linkssozialistischen Par-

teien Europas bündeln. Dies sei ein überfälliger Schritt, da sich Konservative, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale "schon längst" zusammengeschlossen hätten.

Das am 9. Mai verabschiedete Programm der EL versucht das generelle Unbehagen in der Gesellschaft angesichts von Sozialabbau, Terror und Krieg aufzugreifen, ohne gleichzeitig an Visionen zu sparen. Europa ist demnach "in der internationalen Politik ein Raum für das Wiederaufstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse". Ein Europa, "das frei ist von der antideмократischen und neoliberalen Politik der WTO und des IMF" soll es sein, eines, "das die Nato, ausländische Militärbasen und jegliches Modell einer europäischen Verteidigungsarmee ablehnt".

Dem "Dogma von der sakrosankten Marktwirtschaft"

wird ebenso der Kampf angesagt wie der "Macht der ominösen Finanzmärkte und multinationalen Konzerne". Gefordert werden unter anderem eine "Priorität für Vollbeschäftigung", die Besteuerung von Kapitalflüssen und größere Rechte der Lohnempfänger am Arbeitsplatz. Öffentliche Dienste werden als soziale Rechte eingefordert, um "gleichen Zugang für jedermann zu Bildung, Wasser, Nahrung, Gesundheit, Energie und Verkehr zu garantieren".

Das Kernproblem der "Krise der Europäischen Union" sieht die EL in der "Frage der Demokratie". Jahrzehntelang sei die EU "von oben aufgebaut worden", unter "Missachtung der großen Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen, ohne und oft gegen das Volk". Die Abhilfe sei jedoch bereits auf den Weg gebracht: Die "großen Kämpfe der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Arbeiter und Bürger gegen den Krieg verändern die Lage", heißt es in dem Papier.

Dabei ist die EL sichtlich bemüht, mit den außerparlamentarischen Bewegungen auf Tuchfühlung zu bleiben: Die Sozialforen seien "wichtige Gelegenheiten für Debatte und Auseinandersetzung" sowie für die "Entwicklung von Alternativen". Die sozialen Bewegungen und ihre Kämpfe hätten eine "eigene Dynamik, ihre selbständige Analyse, ihre Vorschläge und Initiativen".

Begeistert sprechen die Initiatoren der EL, die großen Wert darauf legen, dass sie nicht wie vor kurzem die Grünen einen europäischen Dachverband, sondern eine eigenständige politische Partei gegründet haben, von dieser als einem "eigenen politischen Subjekt". Mitglied können deshalb nicht nur Parteien und Organisationen werden, sondern auch Einzelpersonen. Für Wolfgang Gehrcke, den außenpolitischen Sprecher der PDS, konstituiert sich mit der EL gar eine neue "Internationale in Europa". Und Fausto Bertinotti ist sich sicher: Nun könne endlich "wieder kraftvoll die Frage nach der Revolution in Europa aufgeworfen werden".

...or is it the end?

Dieser Optimismus wird jedoch längst nicht von allen Mitgliedern der Gründerparteien geteilt. So wurde dem PRC-Chef in Rom von einem linken Flügel seiner Partei gar ein Transparent mit der Aufschrift "Berti-not in my name" entgegengehalten. Und der Sprecher der traditionellen Kommunisten, Claudio Grassi, lehnte es rundweg ab, als Delegierter in die Hauptstadt zu kommen. In der EL sei zu wenig von "Sozialismus und von den Produktionsverhältnissen" die Rede, begründete er seine Abwesenheit. Flavia d'Angeli, Mitglied des PRC-Sekretariats, kritisiert die mangelnde Offenheit der EL gegenüber der radikalen Linken: "Ich sehe keinen wirklichen inhaltlichen und organisatorischen Anknüpfungspunkt für die sozialen Bewegungen", sagte sie im Interview mit der Berliner Tageszeitung "jungen

Welt". Es gebe nur allgemeine Zusagen und Beteuerungen.

Andere sehen in der Partei lediglich ein Profilierungsgebiet für die Funktionsriegen der jeweiligen Parteien. Die zu erwartenden EU-Gelder seien auch der Hauptgrund, warum die Gründung noch kurz vor den Wahlen massiv vorangetrieben worden sei. Franz Stephan Parteder, Vorsitzender der Landesorganisation Steiermark der KPÖ, wettet gegen den "EU-kompatiblen Tourismus" und "Wanderzirkus von Parteifunktionären". Der "Zusammenschluss von marxistischen und revolutionären Kräften auf europäischer Ebe-

ne" müsse anders aussehen als "diese Partei des Apparats". Sie diene lediglich dazu, der "Linken im EU-Bereich" den "marxistischen Giftzahn" zu ziehen.

Parteder sieht hinter der EL die Idee eines "Kerneuropas von Links", da sie sich "in ihren Statuten ausdrücklich auf Paragraf 191 der Unionsverträge" berufe und somit die Bildung eines "europäischen Bewusstseins" fördern wolle. Im besagten Absatz des EU-Vertragswerks werden Parteien auf europäischer Ebene als "wichtiger Faktor der Integration" gepriesen, die in ihren Aktivitäten und

in ihrem Programm jenen Prinzipien folgen müssen, "auf denen die Europäische Union gegründet ist".

Ebenfalls keine Perspektive in der EL sieht die Allianz der Nordischen Grünen Linken, in der verschiedene linkssozialistische Parteien Skandinaviens vertreten sind und die sich gegen einen Beitritt ihrer Länder in die EU oder für einen Austritt aus der Union aussprechen. Eine Reformierung und Demokratisierung der EU von innen heraus sei undenkbar, so ihre Überzeugung.

Sowohl KPÖ als auch die Nordischen Grünen Linken wollen der analysierten Ten-

denz der EU zur überstaatlichen Großmacht allerdings mit einem Rekurs auf den Nationalstaat entgegenreten. Allein er könne die Einhaltung von minimalen Standards garantieren, solange man noch kapitalistisch vergesellschaftet sei. Auch die EL-Ablehnung der Griechischen Kommunistischen Partei KKE gründet sich unter anderem auf nationalistische Ideen: Die KKE will über eine "patriotische" Volksfrontpolitik Griechenland aus der EU herauslösen. Europäisches Bewusstsein hin oder her - auch in der neu gegründeten Partei der Europäischen Linken scheint der Glaube an die Institution

des (Rechts)-Staates ungebrochen. Man setzt trotz großer antikapitalistischer Worte auf Reformismus und propagiert die Bereitschaft zum "Mitmachen". Die Forderung, es müsse zunächst innerhalb der bestehenden Strukturen etwas erreicht werden, um Glaubwürdigkeit zu erlangen, ist nicht neu. Grüne Politiker wie Joschka Fischer hat sie gar bis ins Amt des Außenministers geführt. "Der Marsch durch die Institutionen", frohlockte einst der deutsche Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel, habe jene 68'er, die unter diesem Motto angetreten waren, die Republik zu verändern, "mehr verändert als

die Institutionen". Für ihre Karriere mag dieser Weg erst der Anfang gewesen sein, ihre emanzipatorischen Ansprüche jedoch gingen dabei meist auf der Strecke verloren.

INTERVIEW

"Der Moment war denkbar schlecht"

Déi Lénk ist der neuen Partei der Europäischen Linken (EL) bislang nicht beigetreten. Henri Wehenkel über die Hoffnungen, die er dennoch in die neue Partei setzt.

woxx: Warum hat Déi Lénk bislang in der EL nur Beobachterstatus?

Henri Wehenkel: Déi Lénk hat aktiv am Gründungsprozess der EL teilgenommen und auch den Aufruf zur Gründung unterschrieben. Als wir jedoch feststellten, dass sich nicht alle ursprünglich interessierten Linksparteien der EL angeschlossen haben, zogen wir es vor, zunächst den Beobachterstatus zu behalten. Von der Idee an sich sind wir noch immer überzeugt, wir brauchen unbedingt eine Europäische Linkspartei.

Wieso?

Fausto Bertinotti von der italienischen Rifondazione gebraucht den Ausdruck des europäischen Subjekts: Wir müssen vom europäischen politischen Raum ausgehen und uns als handlungsfähiges und sichtbares Subjekt profilieren - gerade für Parteien, die einen gesellschaftlichen Umschwung anstreben, ist es

unumgänglich, den nationalen Rahmen zu verlassen und in anderen Dimensionen zu denken.

Welche Erwartungen verbinden Sie konkret mit der EL?

Wir brauchen sie, um all die Probleme anzugehen, die sich auf europäischer Ebene stellen - um einen besseren Informationsaustausch und gemeinsame Kampagnen zu organisieren.

Worüber wurde denn hauptsächlich in Rom gestritten?

Zum Beispiel in der Haltung gegenüber der Europäischen Union, die skandinavischen Linksparteien etwa sind in diesem Punkt skeptisch. Es gab auch Bedenken, dass eine solche supranationale Partei den nationalen Linksparteien Vorschriften machen kann. Dann gab es große Debatten darüber, wie man mit der Vergangenheit umgeht. Die Tschechen wollten beispielsweise den Satz,

in dem der Stalinismus pauschal verurteilt wird, aus dem Text streichen. Weil sie im Stalinismus auch positive Effekte auf ihre Geschichte erkennen, waren sie dagegen, diesen Begriff zu verwenden. Ganz und gar gegen eine Streichung des Wortes Stalinismus aus dem Text war jedoch die deutsche PDS. Am unterschiedlichen Umgang mit diesen Begriffen kann man die Geschichte der einzelnen Parteien herauslesen. Es gab jedoch nicht genug Zeit, diese Fragen zu klären.

Wie stehen Sie zu dieser Auseinandersetzung?

Ich habe kein Problem mit dem Begriff Stalinismus an sich, ich denke allerdings, dass er insofern unbefriedigend ist, weil er sich an einer Person oder Periode festmacht und nicht das ganze Problem umfasst.

Wie kann man solche Meinungsverschiedenheiten aus der Welt schaffen?

Der Moment, eine europäische Linkspartei zu gründen, war denkbar schlecht. In Ländern wie Griechenland, Frankreich oder Italien, in denen es zwei oder drei Linksparteien gibt, die bislang im Europaparlament vertreten sind, kam es zu keiner Einigung - ganz einfach wegen der Konkurrenzsituation im Wahlkampf.

Kritiker der Parteigründung befürchten, dass die EL einen Keil zwischen die einzelnen kommunistischen und sozialistischen Parteien und die sozialen Bewegungen treiben wird. Sehen Sie ebenfalls diese Gefahr?

Die EL versteht sich als Organ, das für ein anderes Europa kämpft - in enger Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften. Da die sozialen Bewegungen erklärt haben, den parteipolitischen Raum nicht besetzen zu wollen, sehe ich hier eigentlich kaum eine Gefahr. Die Linke sollte diesen politischen Raum jedoch nicht einfach anderen Parteien überlassen.

Nun ist es jedoch eine Tatsache, dass nicht alle Linksparteien in der EL vertreten sind. Hat der Gründungsprozess am Ende nicht mehr gespalten als vereint?

Nach den Wahlen wird sich die Frage anders stellen. Im anderen Fall ist die EL zum Scheitern verurteilt. Ich hoffe, dass dann ein Dialog mit

denen, die jetzt Bedenken haben, wieder möglich sein wird. In den meisten Fragen gibt es ja eine politische Übereinstimmung.

Der deutsche PDS-Politiker Lothar Bisky sagte jedoch in einem Interview mit dem Freitag "Wir wollen nicht alle". Kritiker deuten dies als den Versuch, fundamentale Kritik an der EU abzublocken.

Wir lassen uns hier auf eine Strategie ein, die ein anderes, ein soziales Europa ansteuert. Damit erkennen wir die europäischen Strukturen gewissermaßen auch an. Was beispielsweise die europäische Verfassung betrifft, so wird im Gründungstext zwar Kritik geübt, jedoch kein klares Nein zu dieser Verfassung ausgesprochen.

Ist denn das "andere Europa" im Rahmen dieser Verfassung realisierbar?

Natürlich sind in dieser Verfassung Grundätze verankert, die alternative Wirtschaftsformen kaum ermöglichen. Déi Lénk bekämpft diese Verfassung ja auch. Und selbst wenn die EL nicht explizit Nein dazu sagt, sind die meisten Mitgliederparteien dagegen.

In der Linken hat sich nach und nach die Einsicht durchgesetzt, dass wichtige Politikfelder auf europäischer Ebene bestimmt werden und von daher auch auf dieser Ebene attackiert werden müssen: EU-Militärpolitik, Innere Sicherheit, Flüchtlingspolitik, etc. Wäre es da nicht entscheidender, eine deutlich kritische Haltung gegenüber dieser Institution einzunehmen?

Wie gesagt: Auch jene, die die Verfassung nicht als Ganzes verwerfen, teilen die Kritik daran. Wenn wir in Europa etwas verändern wollen, müssen wir auch innerhalb dieser Strukturen etwas verändern. Und wir können nicht nur von Veränderungen reden, sondern müssen auch punktuelle Erfolge auf dem Weg zum "anderen" Europa erzielen. Wenn wir nur in eine fundamentalistische Opposition gehen, werden uns die Leute bald nicht mehr zuhören.

Im Entwurf für das "andere Europa" der EL wird als erster inhaltlicher Aspekt sogleich die Unabhängigkeit von der Hegemonie der USA genannt. Darin dürfte sich die EL mit den

Regierungen beispielsweise Luxemburgs, Deutschlands und Frankreichs absolut einig sein. Ist ein solcher Euro-Chauvinismus auch in der Linken Pflichtprogramm, wenn man auf EU-Ebene Politik machen will?

Wir bekennen uns nicht zu einem Europa als Gegenmacht zu den USA. Wir kämpfen für ein anderes Europa, das ein Friedenspol und ein anderes soziales Modell sein soll - das ist jedoch nicht das Europa, das wir jetzt haben. Wir sind uns bewusst, dass sich die jetzige EU in Konkurrenz zu den USA befindet, dass sich das politische und wirtschaftliche Modell als solches jedoch durchaus in dieselbe Richtung bewegt. Die multinationalen Konzerne agieren weltweit - es ist eine Illusion, dass sich eine unabhängige europäische Alternative auf dieser Basis entwickeln kann. Wir wollen ein anderes europäische Modell ansteuern.

Wie steht es denn um den Internationalismus im Kampf um das andere Europa?

Wir sehen uns in einer europäischen, nicht jedoch in einer eurozentristischen Perspektive - wir wollen keine Mauern um Europa bauen. In Rom war durchaus spürbar, dass das Projekt einer europäischen Linkspartei auch Hoffnungen bei Vertretern aus nicht-europäischen Ländern geweckt hat. Die Hoffnung nach einem demokratischen, laizistischen und sozialen Nahen Osten etwa. Die fortschrittlichen Kräfte in diesen Ländern oder auch in Nordafrika sehen in der EL eine mögliche Unterstützung, Perspektiven zu entwickeln. Wenn wir hier etwas erreichen könnten, hätten wir die eurozentristische Perspektive zweifellos überwunden.

Interview: Danièle Weber



Henri Wehenkel war als Vertreter von déi Lénk beim Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken Anfang Mai in Rom dabei. (Foto: Christian Mosar)